Stadt Bruchköbel
DER MAGISTRAT

Thomas Sliwka
Ausschussvorsitzender

Bruchköbel, 13.02.2017

Niederschrift

Gremium	Haupt - und Finanzausschuss
Sitzungsnummer	2/2017
Datum	Dienstag, den 07.02.2017
Sitzungsdauer	19:00 Uhr bis 23:36 Uhr
Ort	Stadtverordnetensitzungssaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel

Teilnehmer:

Vorsitz:

Ausschussvorsitzender Sliwka, Thomas (CDU)

Anwesende:

stellv. Ausschussvorsitzende Pauly, Monika (SPD)
Ausschussmitglied Baier, Patrick (BBB)
Ausschussmitglied Blum, Oliver (GRÜNE)
Ausschussmitglied Broschowsky, Klaus Dieter (CDU)
Ausschussmitglied Grosse, Andrea (CDU)
Ausschussmitglied Kitzmann, Alexander (CDU)
Ausschussmitglied Ließmann, Peter (SPD)
Ausschussmitglied Rechholz, Joachim (BBB)
Ausschussmitglied Ringel, Uwe (GRÜNE)
Ausschussmitglied Dr. Wingefeld, Volker (FDP)

Magistrat:

Bürgermeister Maibach, Günter (CDU)
Erste Stadträtin Cammerzell, Ingrid (CDU)
Stadtrat Jessl, Edwin (GRÜNE)
Stadtrat Keim, Reiner (CDU)
Stadtrat Legorjé, Hans-Joachim (BBB)
Stadtrat Pastor, Josef (SPD)
Stadtrat Roth, H. Michael (BBB)
Stadtrat Schadeberg, Volker (CDU)
Stadtrat Viehmann, Norbert (SPD)

Stadtverordnetenversammlung:

Stadtverordnetenvorsteher Rötzler, Guido (CDU)
Stadtverordneter Beilner, Dietmar (BBB)
Stadtverordnete Braun, Sylvia (FDP)
Stadtverordnete Förster-Helm, Elke (GRÜNE)
Stadtverordneter Gust, Oliver (CDU)
Stadtverordnete Klein, Gisela (BBB)
Stadtverordneter Ochs, Reiner (CDU)
Stadtverordnete Pastor, Dana (SPD)
Stadtverordneter Rabold, Alexander (BBB)
Stadtverordnete Seewald, Carina (BBB)
Stadtverordnete Viehmann, Veronika (SPD)

entschuldigt:
Ausschussmitglied Hormel, Harald (BBB)
Stadtrat Schäfer, Jürgen (FDP)
Schriftführer Opalla, Dieter

Schriftführer:
stellv. Schriftführer Brede, Jens

Tagesordnung

öffentliche Sitzung

1.	Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 17.01.2017	
2.	Stellenplan 2016	(DS-157/2015)
3.	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD: Digitales Bruchköbel	(DS-265/2016)
4.	Antrag Bündnis 90/Die Grünen Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden	(DS-99/2016)
5.	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD: Überprüfung der Bruchköbeler Gebührensatzungen	(DS-23/2017)
6.	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD: Budgeterweiterung des Produkts „Sportförderung“ Budgetnummer 08421000	(DS-24/2017)
7.	Antrag BBB-Fraktion: Antrag zum Haushalt 2017 - Ausländerbeirat	(DS-32/2017)
8.	Antrag BBB-Fraktion: Antrag zum Haushalt 2017 – Produkt „Bewirtschaftung von öffentlichen Verkehrsflächen“	(DS-33/2017)
9.	Antrag BBB-Fraktion: Antrag zum Haushalt 2017 - Stellenplan	(DS-34/2017)
10.	Antrag BBB-Fraktion: Antrag zum Haushalt 2017 - Bürgerstiftung	(DS-35/2017)
11.	Antrag BBB-Fraktion: Antrag zum Haushalt 2017 - Seniorenbeirat	(DS-36/2017)
12.	Antrag BBB-Fraktion: Antrag zu den Haushaltsberatungen 2017 – Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2017 - 2020	(DS-37/2017)
13.	Antrag BBB-Fraktion: Antrag zum Haushalt 2017 - Innenstadtentwicklung	(DS-38/2017)
14.	Antrag BBB-Fraktion: Antrag zum Haushalt 2017 – Beitritt der Stadt Bruchköbel zur KGSt	(DS-39/2017)

15. Antrag GRÜNEN-Fraktion: (DS-25/2017)
Haushalt 2017 - Antrag Bündnis 90/Die Grünen:
Freiwillige Feuerwehren

16. Antrag GRÜNEN-Fraktion: (DS-26/2017)
Haushalt 2017 - Antrag Bündnis 90/Die Grünen:
Haushaltssicherungskonzept

17. Antrag GRÜNEN-Fraktion: (DS-27/2017)
Haushalt 2017 - Antrag Bündnis 90/Die Grünen:
ÖPNV

18. Antrag GRÜNEN-Fraktion: (DS-28/2017)
Haushalt 2017 - Antrag Bündnis 90/Die Grünen:
Kommunalwald

19. Antrag GRÜNEN-Fraktion: (DS-29/2017)
Haushalt 2017 - Antrag Bündnis 90/Die Grünen:
Maßnahmen der Kinder- und Jugendförderung

20. Antrag GRÜNEN-Fraktion: (DS-30/2017)
Haushalt 2017 - Antrag Bündnis 90/Die Grünen:
Geförderter Wohnungsbau

21. Antrag GRÜNEN-Fraktion: (DS-31/2017)
Haushalt 2017 - Antrag Bündnis 90/Die Grünen:
Kassenkredite

22. Antrag FDP-Fraktion: (DS-40/2017)
Umzugskosten Verwaltung

23. Antrag FDP-Fraktion: (DS-41/2017)
Reduzierung von Kosten im Bereich Wirtschaftsförderung

24. Antrag FDP-Fraktion: (DS-42/2017)
Moderate Gebührenanpassung

25. Antrag FDP-Fraktion: (DS-43/2017)
Einnahmen aus Ordnungswidrigkeiten

26. Antrag FDP-Fraktion: (DS-44/2017)
Streichung Kosten für Förderung ÖPNV

27. Antrag FDP-Fraktion: (DS-45/2017)
Förderung des Ehrenamtes Feuerwehr

28. Antrag FDP-Fraktion: (DS-46/2017)
Mehr Zuschuss für die Betreuung von Schulkindern

29. Antrag FDP-Fraktion: (DS-47/2017)
Streichung einer Stelle nach 9b für Bereitstellung von EDV

30. 1. Änderung zum Haushaltsentwurf 2017 (DS-22/2017)

31. Änderung zum Stellenplan der Verwaltung für 2017 (DS-21/2017)

32.	Stellenplan der Verwaltung für 2017	(DS-238/2016)
33.	Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2017 bis 2020	(DS-239/2016)
34.	Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2016 bis 2020	(DS-240/2016)
35.	Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2016 bis 2020	(DS-241/2016)
36.	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017	(DS-242/2016)
37.	Verschiedenes	
38.	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Haushalt 2017 - Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Wirtschaftsförderung und Marketing	(DS-52/2017)
39.	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Haushalt 2017 - Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Wirtschaftsförderung und Marketing-Digitalisierungsbeauftragter	(DS-53/2017)

Protokoll

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Einladung zur Sitzung ist fristgerecht erfolgt. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben. Der Vorsitzende teilt mit, dass noch 2 Anträge von Bündnis 90/Die Grünen vorliegen. Es bräuchte eine 2/3 Mehrheit um diese noch auf die Tagesordnung zu nehmen. Einstimmig wurde beschlossen, die Anträge als TOP 38 und 39 mit auf die Tagesordnung zu nehmen und mit TOP 3 zu verhandeln.

öffentliche Sitzung

1.	Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 17.01.2017

Nachdem keine schriftlichen Einwendungen vorliegen, fragt der Vorsitzende nach mündlichen Einwendungen. Stadtverordneter Wingefeld teilt mit, dass er zwar kein Einwand hat, aber ihm fehlt eine Ergänzung zu den Verlustvorträgen, die vom Stadtverordneten Baier in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung, angefragt wurde. Herr Brede antwortet, dass die Altfehlbeträge in der Haushaltskonsolidierung genannt sind. Man könnte noch beschreiben, wie sich die Jahresfehlbeträge aus den einzelnen Jahren zusammensetzen. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen waren, gilt die Niederschrift der Sitzung vom 17.01.2017 als genehmigt

TOP 2.	DS-157/2015	Stellenplan 2016

Stadtverordneter Ließmann zieht den Antrag zurück

TOP 3.	DS-265/2016	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD: Digitales Bruchköbel
TOP 38.	DS-52/2017	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Haushalt 2017 - Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Wirtschaftsförderung und Marketing
TOP 39.	DS-53/2017	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Haushalt 2017 - Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Wirtschaftsförderung und Marketing-Digitalisierungsbeauftragter

Stadtverordnete Bürgstein erläutert die Anträge von Bündnis90/Die Grünen.

Stadtverordneter Ließmann teilt mit, dass die Digitalisierung auf den Weg gebracht werden soll. Es besteht ein Konzept, dass jetzt umgesetzt werden muss. Die Maßnahmen müssen nun beschlossen werden, diese wurden im Antrag der CDU und SPD auch entsprechend benannt. Er begründet ausführlich, warum die Anträge der Opposition abgelehnt werden.

Stadtverordnete Braun erläutert den Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Sollte ein Konzept vorliegen, kann dies ja den Stadtverordneten in der nächsten Sitzung vorgelegt werden. Auch die finanziellen Aspekte, sowie die Datensicherheit sollte betrachtet werden.

Daraufhin erfolgte eine rege Diskussion.

Abstimmung über Änderungsantrag Bündnis90/Die Grünen:
Mit vier Ja-Stimmen (BBB/Grüne) und sieben Nein-Stimmen (CDU/SPD/FDP) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

Abstimmung über Änderungsantrag der FDP Fraktion:
Mit drei Ja-Stimmen (Grüne/FDP), zwei Enthaltungen (BBB) und sechs Nein-Stimmen (CDU/SPD) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen

Abstimmung über Antrag Bündnis90/Die Grünen: Wirtschaftsförderung und Marketing
Mit zwei Ja-Stimmen (Grüne), zwei Enthaltungen (BBB) und sieben Nein-Stimmen (CDU/SPD/FDP) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

Abstimmung über Antrag Bündnis90/Die Grünen: Digitalisierungsbeauftragter
Mit zwei Ja-Stimmen (Grüne), zwei Enthaltungen (BBB) und sieben Nein-Stimmen (CDU/SPD/FDP) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

Abstimmung gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD:
Mit acht Ja Stimmen (CDU/SPD/BBB), einer Enthaltung (FDP) und zwei Nein-Stimmen (Grüne) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag zu beschließen.

TOP 4.	DS-99/2016	Antrag Bündnis 90/Die Grünen Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden

Stadtverordneter Ringel nimmt den Antrag zurück.

TOP 5.	DS-23/2017	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD: Überprüfung der Bruchköbeler Gebührensatzungen

Der Vorsitzende schlägt vor, den TOP 24 gleich mit zu behandeln. Es gab keine Einwendungen dagegen.

Stadtverordneter Ringel erwidert, dass bereits schon ein Beschluss in der Vergangenheit vorliegt, der sowieso nicht umgesetzt wird. Man sollte wenigstens mit einem Beschluss der pauschalen Erhöhung dafür sorgen in Richtung Gebührendeckung zu gehen.

Stadtverordnete Braun erläutert den Antrag der FDP-Fraktion. Man würde bei vielen Gebührensatzungen sehen, dass hier nichts passiert (z. B. bei den Bürgerhäusern und Mehrzweckhallen) oder dann eine große Erhöhung auf einmal geschehen muss (siehe Kitagebühren). Es wäre besser erstmal eine pauschale Erhöhung einzuführen, bis alle Gebührensatzungen überarbeitet sind.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Kitagebühren moderat erhöht wurden. Die Gebührenkalkulation im Friedhofswesen wurde damals extern vergeben. Nur die Kosten in Bezug auf die Trauerhalle seien nicht kostendeckend, im Gegensatz zu den einzelnen Bestattungsformen. Kostendeckender Vorschlag bei den Bürgerhäusern und Mehrzweckhallen wurde seitens der Verwaltung vorgestellt, allerdings ohne Beschluss. In der vorletzten Sitzung wurde diese wieder zurück an den Magistrat verwiesen. Der Bürgermeister warnt vor einer pauschalen Erhöhung. Es werden Vorschläge vom Magistrat erfolgen.

Abstimmung gemeinsamer Antrag Fraktionen CDU und SPD:
Bei neun Ja-Stimmen (CDU/SPD/FDP/Grüne) und zwei Nein-Stimmen (BBB) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag zu beschließen.

Abstimmung Antrag FDP-Fraktion TOP 24:
Bei drei Ja Stimmen (FDP/Grüne) und acht Nein-Stimmen (CDU/SPD/BBB) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

TOP 6.	DS-24/2017	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD: Budgeterweiterung des Produkts „Sportförderung“ Budgetnummer 08421000

Stadtverordneter Broschowsky erläutert den Änderungsantrag.

Stadtverordneter Ringel möchte gerne wissen, mit was dieser Antrag begründet wird.

Stadtverordnete Braun erläutert ihren Änderungsantrag.

Stadtverordneter Sliwka teilt mit, dass die Vergabe der 100.000 Euro ergebnisoffen ist. Es soll ein Dialog mit den Vereinen erfolgen.

Die Stadtverordnete Braun bittet um Neutralität der Sitzungsleitung. Der Vorsitzende nimmt dies zur Kenntnis.

Stadtverordneter Rechholz möchte wissen, ob dies mit der Planung des großen Projektes von der SG Bruchköbel zusammen hängt. Der Antrag sei sehr schwammig und lässt viel Platz für Spekulationen.

Stadtverordneter Ringel bemängelt ebenfalls, dass man nicht angibt für was die 100.000,00 Euro ausgegeben werden sollen.

Der Bürgermeister antwortet darauf, dass das Budget sowieso relativ niedrig sei und mit den Geldern sorgfältig umgegangen wird.

Stadtverordnete Braun kritisiert, dass der Antrag intransparent ist. Im KIP-Programm werden ja auch schon Mittel bereitgestellt.

Abstimmung über Änderungsantrag der FDP Fraktion:
Mit fünf Ja-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) und sechs Nein-Stimmen (CDU/SPD) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD:
Mit sechs Ja-Stimmen (CDU/SPD) und fünf Nein-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Hauptantrag in seiner geänderten Form zu beschließen.

TOP 7.	DS-32/2017	Antrag BBB-Fraktion: Antrag zum Haushalt 2017 - Ausländerbeirat

Stadtverordneter Rechholz begründet den Antrag. In den Nachbarkommunen gibt es Ausländerbeiräte, Bürgerstiftungen und Seniorenbeiräte und dies mit Erfolg. Diese Aktivitäten sollen in Bruchköbel wieder belebt werden.

Der Bürgermeister antwortet darauf, dass die Wahl zum Ausländerbeirat immer mit der Kommunalwahl gekoppelt sei und diese ist erst wieder im Jahr 2020.

Stadtverordneter Ringel erläutert, dass es hier auch Eigeninitiative bei den Beteiligten geben muss. Diese sei allerdings momentan nicht zu sehen.

Stadtverordnete Braun sieht in Hinsicht auf den demographischen Wandel, den Seniorenbeirat als eine wichtige Sache an.

Stadtverordneter Ließmann sieht das genauso. Den Seniorenbeirat wieder einzuführen, soll im Auge behalten werden. Mittel sind aber schon vorhanden. Die Bürgerstiftung sollte aus der Mitte der Bürger gegründet werden. Es ist bisher noch niemand an die SPD herangetreten, bzw. auch nicht an den Bürgermeister, der diesen Wunsch geäußert hätte.

Der Bürgermeister teilt mit, dass eine Stiftung von Spendern lebt. In der Niedrigzinsphase ist es schwierig Geld auszuschütten, da keine Zinserträge erwirtschaftet werden können durch die Umorganisierung der Verwaltung ist eine Verwaltungsangestellte für die Seniorenarbeit zuständig. Wenn diese die Kontakte zu den Senioren hergestellt hat, ist er guter Dinge, dass sich hier ein Seniorenbeirat findet. Mittel sind bereitgestellt und noch nicht vollständig ausgeschöpft.

Stadtverordneter Rechholz nimmt den Antrag zurück.

TOP 8.	DS-33/2017	Antrag BBB-Fraktion: Antrag zum Haushalt 2017 – Produkt „Bewirtschaftung von öffentlichen Verkehrsflächen“

Stadtverordneter Baier erläutert den Antrag.

Stadtverordneter Broschowsky zeigt Befangenheit an.

Stadtverordneter Ließmann erwidert, dass hier keine Befangenheit vorliegt. Es würde sich um einen Satzungsänderungsantrag handeln, die alle Anlieger zukünftig betreffen würde. Hier geht es nicht speziell nur um den „Windecker Weg“.

Stadtverordneter Ringel sieht hier ebenfalls keine Befangenheit, da es sich um eine Satzungsänderung handelt. Der Vorsitzende teilt mit, dass Herr Broschowsky nicht befangen ist.

Stadtverordneter Ringel sieht bei dem Antrag ein Problem mit der herrschenden Rechtsprechung hinsichtlich des ÖPNV. Eine Rechtsauskunft wäre hier wünschenswert.

Stadtverordnete Braun meint, dass hier schon eine Rechtsauskunft vorliegt und dies rechtlich so wie im Antrag beschrieben nicht möglich ist.

Der Bürgermeister teilt mit, dass dies eine von vielen Satzungen ist, die schon überarbeitet worden ist. In diesem Fall im Jahr 2011. Der Magistrat hat gemäß Satzung einen Prozentsatz von 50 % für den Windecker Weg festgelegt.

Abstimmung: mit zwei Ja-Stimmen (BBB) und neun Nein-Stimmen (Grüne/CDU/SPD/FDP) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

TOP 9.	DS-34/2017	Antrag BBB-Fraktion: Antrag zum Haushalt 2017 - Stellenplan

Stadtverordneter Baier erläutert den Antrag.

Der Bürgermeister begründet dies damit, dass dies die Organisationsanalyse empfohlen hat. Der Stellenplan sollte aktualisiert werden. Hat aber auch keine Bedenken, wenn dem Antrag zugestimmt wird.

Stadtverordnete Braun gibt an, dass sie der Meinung ist, dass Beamte nur für Bereiche in Hoheitlichen Tätigkeiten eingesetzt werden sollen. Dies sollte auf ein Minimum reduziert werden.

Abstimmung: mit zehn Ja-Stimmen (CDU/SPD/BBB/Grüne) und einer Nein-Stimme (FDP) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag zu beschließen.

TOP 10.	DS-35/2017	Antrag BBB-Fraktion: Antrag zum Haushalt 2017 - Bürgerstiftung

Der Antrag wurde bereits unter TOP 7 diskutiert.

Abstimmung:
Mit zwei Ja-Stimmen (BBB) und neun Nein-Stimmen (CDU/SPD/Grüne/FDP) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

TOP 11.	DS-36/2017	Antrag BBB-Fraktion: Antrag zum Haushalt 2017 - Seniorenbeirat

Der Antrag wurde bereits unter TOP 8 diskutiert.

Abstimmung:
Mit zwei Ja-Stimmen (BBB), einer Enthaltung (FDP) und acht Nein-Stimmen (CDU/SPD/Grüne) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

TOP 12.	DS-37/2017	Antrag BBB-Fraktion: Antrag zu den Haushaltsberatungen 2017 – Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2017 - 2020

Stadtverordneter Baier erläutert den Antrag.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Kostensenkung in diesem Bereich darzustellen erst mal nichts Verwerfliches ist. Es handelt sich hierbei um eine tatsächliche Aufwandsminderung und kann deshalb auch im Haushaltssicherungskonzept erwähnt werden. Das daraus eine Gebührenanpassung erforderlich wurde, ist nur die Konsequenz, dass ein Gebührenhaushalt ausgeglichen gestaltet werden muss.

Abstimmung:
Mit fünf Ja-Stimmen (BBB/Grüne/FDP) und Sechs Nein-Stimmen (CDU/SPD) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

TOP 13.	DS-38/2017	Antrag BBB-Fraktion: Antrag zum Haushalt 2017 - Innenstadtentwicklung

Stadtverordneter Baier erläutert den Antrag.

Stadtverordneter Ringel erwähnt, dass man dem Projekt Innenstadtentwicklung grundsätzlich positiv gegenüber steht. Allerdings fehlen hier die Finanzierungsvorschläge und die Nettoneuverschuldung null sei auch nicht eingehalten worden.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Nettoneuverschuldung null bei so einem Projekt natürlich nicht einzuhalten sei. Der Antrag müsste schon deshalb zurückgenommen werden, gestützt auf die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom Juli 2016. Die Architektenleistungen wurden schon europaweit ausgeschrieben und Vergabegespräche sind ebenfalls schon geführt worden. Wenn die einzelnen Gewerke ausgeschrieben werden, kann man schon mehr zu den Kosten sagen.

Stadtverordneter Wingefeld meint, dass die Finanzierung im Haushalt nicht angepasst wurde. Dies sei nicht vertrauenswürdig.

Der Bürgermeister teilt mit, dass aus der Lenkungsgruppe der Mehrbedarf an Investitionen erarbeitet und diese in der Änderungsvorlage berücksichtigt wurde. Die Finanzierung ist ebenfalls dargestellt.

Abstimmung:
Mit zwei Ja-Stimmen (BBB), zwei Enthaltungen (Grüne) und sieben Nein-Stimmen (CDU/SPD/FDP) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

TOP 14.	DS-39/2017	Antrag BBB-Fraktion: Antrag zum Haushalt 2017 – Beitritt der Stadt Bruchköbel zur KGSt

Stadtverordneter Baier erläutert den Antrag.

Stadtverordneter Ließmann meint, dass der Hessische Städte- und Gemeindebund auch diese Leistungen anbieten würde.

Stadtverordneter Baier verneint dies. Die KGSt würde auch z. B. Seminare anbieten.

Abstimmung:
Mit zwei Ja-Stimmen (BBB) und neun Nein-Stimmen (CDU/SPD/FDP/Grüne) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

Es erfolgte eine Sitzungsunterbrechung um 21.05 Uhr.

Der Ausschussvorsitzende Thomas Sliwka eröffnet erneut die Sitzung um 21.28 Uhr und stellt mit 11 anwesenden Ausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 15.	DS-25/2017	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Haushalt 2017 - Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Freiwillige Feuerwehren

Stadtverordneter Ringel erläutert den Antrag.

Der Bürgermeister antwortet, dass der Bedarf- und Entwicklungsplan abgewartet werden sollte. Sollten Synergieeffekte vorhanden sein, wird dies im Haushalt 2018 berücksichtigt.

Stadtverordneter Ringel teilt mit, dass die Feuerwehr gut aufgestellt sei und der Plan nur optimiert werden muss.

Der Bürgermeister erwidert, dass der Plan schon 10 Jahre alt ist. Im 2. Quartal wird der neue Bedarfs- und Entwicklungsplan zur weiteren Entscheidung in der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt.

Abstimmung:
Mit zwei Ja-Stimmen (Grüne) und neun Nein-Stimmen (CDU/SPD/FDP/BBB) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

TOP 16.	DS-26/2017	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Haushalt 2017 - Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Haushaltssicherungskonzept

Stadtverordneter Ringel begründet den Antrag.

Der Bürgermeister teilt mit, dass der aktuelle Stand der Altfehlbeträge auf Seite 335 des Haushaltes im Haushaltssicherungskonzept dargelegt ist. Ebenso der Abbau für die Jahre bis 2020. Weitere Einsparungen sind momentan nicht geplant. Sollte die Politik zu weiteren Einsparungsvorschlägen kommen, kann dies im Abbaupfad entsprechend berücksichtig werden.

Abstimmung:
Mit fünf Ja-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) und sechs Nein-Stimmen (CDU/SPD) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

TOP 17.	DS-27/2017	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Haushalt 2017 - Antrag Bündnis 90/Die Grünen: ÖPNV

Der Vorsitzende schlägt vor, diesen Punkt mit TOP 26 zu behandeln. Es gab keine Einwände dagegen.

Stadtverordneter Ringel, sowie Stadtverordnete Braun erläuterten ihre Anträge.

Stadtverordneter Rechholz monierte, dass es zwischen den beiden HFA-Sitzungen keinen Arbeitskreis ÖPNV gegeben hätte, wie in der letzten Sitzung versprochen. Es wurde einfach der Ansatz seitens des Magistrates in der Änderungsvorlage gekürzt.

Der Bürgermeister antwortete, dass eine Klärung mit der KVG erfolgen muss. In der Kürze der Zeit, war allerdings kein Termin zu realisieren.

Stadtverordneter Ringel möchte wissen, was mit den Forderungen der KVG aus dem Jahr 2016 gemacht wurde.

Der Bürgermeister teilte mit, dass die Rechnungen sich haushaltsmäßig immer ins nächste Jahr verschieben. Die Bezahlung der Rechnungen erfolgte immer erst, als der Jahresabschluss sich in Aufstellung befand.

Stadtverordneter Wingefeld meinte, dass es doch eine Jahreszahl für die tatsächlichen Kosten geben müsse.

Der Bürgermeister verwies nochmals auf das bevorstehende Gespräch mit der KVG.

Stadtverordneter Wingefeld hat eine Vermutung, dass durch die nicht genehmigte Haushaltssatzung 2016, sich noch Altlasten angesammelt haben und diese nun im Jahr 2017 bezahlt werden sollen.

Der Bürgermeister begründet nochmals das Jahresergebnis 2015 und die Haushaltsansätze für die Jahre 2016 und 2017.

Stadtverordneter Ringel bekundet, dass, wenn es eine Preisanpassung gegeben hätte, diese im September durch die KVG bekannt gemacht worden wäre. Dies ist sicherlich nicht erfolgt.

Es folgte eine rege Diskussion.

Abstimmung Antrag Bündnis 90/Die Grünen:
Mit fünf Ja-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) und sechs Nein-Stimmen (CDU/SPD) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

Abstimmung Antrag FDP-Fraktion Top 26:
Mit fünf Ja-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) und sechs Nein-Stimmen (CDU/SPD) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

TOP 18.	DS-28/2017	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Haushalt 2017 - Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Kommunalwald

Stadtverordneter Ringel begründet den Antrag.

Der Bürgermeister teilt mit, dass sich der Sachkomplex noch im Ausschuss befindet. Es soll der Förster sowie Hessen-Forst eingeladen und weiter im Ausschuss beraten werden.

Abstimmung Antrag Bündnis 90/Die Grünen:
Mit drei Ja-Stimmen (Grüne/FDP), zwei Enthaltungen (BBB) und sechs Nein-Stimmen (CDU/SPD) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

TOP 19.	DS-29/2017	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Haushalt 2017 - Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Maßnahmen der Kinder- und Jugendförderung

Stadtverordneter Ringel begründet den Antrag.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Kapazitäten in den Bereich Flüchtlingsbetreuung verlagert wurde. Der neue Fachbereichsleiter IV soll ein Konzept erarbeiten. Erst dann soll eine Einarbeitung im Haushaltsplan 2018 erfolgen.

Stadtverordneter Ließmann hofft ebenfalls, dass schnellstens ein Konzept erarbeitet wird.

Stadtverordnete Braun möchte wissen, wie lange die Stelle vakant war und warum eine Wiederbesetzung so lange dauert.

Der Bürgermeister antwortet, dass durch die Organisationsuntersuchung ein neuer Fachbereich gegründet wurde. Diese Stelle zu besetzen war nicht so einfach.

Stadtverordneter Ließmann schlägt vor den Antrag im Ausschuss zu belassen.

Stadtverordneter Ringel will über diesen Antrag heute entscheiden lassen, da es sich um einen Haushaltsantrag handelt.

Stadtverordneter Rabold erläutert, dass gemäß HGO-Richtlinie im HFA eine Empfehlung abgegeben werden muss.

Stadtverordnete Lauterbach wundert sich schon, dass man bei der Sportförderung 100.000,00 Euro bereitstellt. Allerdings dann bei der Jungendarbeit keine Mittel bereitstellen möchte. Die 2 Stellen im Jugendbereich wurden nie wieder besetzt. Dies sei eine verfehlte Personalpolitik. Sie bittet dringend dem Haushaltsantrag zuzustimmen.

Es folgte eine Sitzungsunterbrechung um 22.33 Uhr.

Um 22.36 Uhr eröffnet der Ausschussvorsitzende erneut die Sitzung und stellt mit 11 anwesenden Ausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

Stadtverordneter Ließmann beantragt eine Änderung des ursprünglichen Antrages. Das Budget „Maßnahmen der Kinder- und Jugendförderung“ soll einen Betrag von 15.000,00 Euro für das Haushaltsjahr 2017 erhalten.

Abstimmung über den Hauptantrag mit der Änderung:
Einstimmig empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag zu beschließen.

TOP 20.	DS-30/2017	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Haushalt 2017 - Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Geförderter Wohnungsbau

Stadtverordneter Ringel begründet den Antrag. Es wird hier an 200.000 Euro – 300.000 Euro gedacht.

Stadtverordneter Ließmann befürwortet den guten Ansatz, hat aber juristische Bedenken. Der Antrag sollte an die Stadtverordnetenversammlung zurückverwiesen werden und im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr beraten werden.

Stadtverordneter Baier findet den Antrag wichtig. Es sollten mindestens 500.000,00 Euro an Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

Stadtverordneter Ringel betont, dass es momentan bei der Entwicklung der Baugebiete keine Maßnahmen in Richtung sozialen Wohnungsbau geben wird.

Stadtverordneter Broschowsky meint, dass hier ein Änderungsantrag an den Magistrat formuliert werden sollte.

Stadtverordneter Rabold erläutert, dass wenn man es ehrlich mit dem sozialen Wohnungsbau meint, auch finanzielle Mittel bereitstellen sollte.

Stadtverordneter Ringel äußert, dass man heute über den Antrag entscheiden soll.

Stadtverordneter Ließmann regt an, einen Prüfantrag zu formulieren. Dieser würde mit getragen werden. Ansonsten wird Ablehnung erfolgen.

Stadtverordneter Rabold teilt mit, dass es hier nicht um rechtliche Fragen geht. Diese sollten im Bauausschuss behandelt werden. Hier geht es nur um die Mittelbereitstellung.

Stadtverordneter Ringel ergänzt den Antrag um die Summe von 250.000,00 Euro.

Abstimmung Antrag Bündnis 90/Die Grünen:
Mit fünf Ja-Stimmen (Grüne/FDP/BBB) und sechs Nein-Stimmen (CDU/SPD) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

TOP 21.	DS-31/2017	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Haushalt 2017 - Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Kassenkredite

Stadtverordneter Ringel erläutert den Antrag.

Herr Brede erläutert, dass dringend empfohlen wird, den Kassenkredit bei 30.000.000,00 Euro zu belassen. Es ist zwar richtig, dass die mittelfristige Finanzplanung ein Zahlungsmittelüberschuss aus Verwaltungstätigkeit beinhaltet, allerdings wird dieser in fast allen Jahren zur Kredittilgung wieder aufgezehrt. Weiterhin würde eine Vorfinanzierung, gerade im Hinblick auf die Innenstadtentwicklung, dann nicht mehr möglich sein. Man würde der Stadtverwaltung jeglichen Handlungsspielraum nehmen, um einen reibungslosen Ablauf dieser Maßnahme zu gewährleisten.

Stadtverordneter Broschowsky teilt mit, dass der Antrag nur abgelehnt werden kann. Die Begrenzung auf 28.000.000,00 Euro bei den anstehenden Projekten ist nicht zielführend. Die Verwaltung muss reagieren können und Beschränkungen sind hier nicht angebracht.

Stadtverordnete Braun meint, dass die Innenstadtentwicklung als Finanzierungsmodell dient.

Herr Brede teilt mit, dass dies natürlich nicht der Fall ist. Es handelt sich lediglich um eine Überbrückung bis die Genehmigungen vorliegen. Dann erfolgt eine ordentliche Kreditaufnahme am Kreditmarkt.

Abstimmung:
Mit fünf Ja-Stimmen (Grüne/FDP/BBB) und sechs Nein-Stimmen (CDU/SPD) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

TOP 22.	DS-40/2017	Antrag FDP-Fraktion: Umzugskosten Verwaltung

Stadtverordnete Braun erläutert den Antrag.

Herr Brede teilt mit, dass dies in der Änderungsvorlage des Magistrates bereits eingearbeitet sei. Allerdings handelt es sich, wie im 1. Haupt- und Finanzausschuss bereits erwähnt, um 100.000,00 Euro.

Stadtverordnete Braun meint es wurden 300.000,00 Euro erwähnt. Kann man wirklich mit 100.000,00 Euro den Umzug bewerkstelligen?

Der Bürgermeister äußert, dass der Umzug nach ersten Gesprächen sogar unter 100.000,00 Euro bleiben wird.

Stadtverordneter Ringel gibt zu beachten, dass die Infrastruktur mitziehen muss und zweifelt an, dass die Gelder dafür ausreichen, insbesondere für EDV und Telefon.

Der Bürgermeister gibt an, dass man in ein Gebäude nach Erlensee zieht, was vom Zweckverband bereits renoviert wurde. Der Umzug betrifft das gesamte Rathaus inklusive der EDV.

Stadtverordneter Wingefeld äußert Bedenken, dass die vom Zweckverband bezahlten Renovierungskosten bei ca. 700.000,00 Euro liegen und dies ja auf die Miete umgelegt werden sollte. Dafür ist die Miete zu gering geplant.

Der Bürgermeister erläutert, dass der Ansatz ausreichend ist.

Abstimmung:
Mit drei Ja-Stimmen (Grüne/FDP) und acht Nein-Stimmen (CDU/SPD/BBB) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

TOP 23.	DS-41/2017	Antrag FDP-Fraktion: Reduzierung von Kosten im Bereich Wirtschaftsförderung

Stadtverordnete Braun erläutert ihren Antrag.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:
Mit drei Ja-Stimmen (Grüne/FDP) und acht Nein-Stimmen (CDU/SPD/BBB) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

TOP 24.	DS-42/2017	Antrag FDP-Fraktion: Moderate Gebührenanpassung

Der Punkt wurde bereits unter TOP 5 mit behandelt.

TOP 25.	DS-43/2017	Antrag FDP-Fraktion: Einnahmen aus Ordnungswidrigkeiten

Stadtverordnete Braun erläutert ihren Antrag.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:
Mit fünf Ja-Stimmen (Grüne/FDP/BBB) und sechs Nein-Stimmen (CDU/SPD) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

TOP 26.	DS-44/2017	Antrag FDP-Fraktion: Streichung Kosten für Förderung ÖPNV

Der Punkt wurde bereits unter TOP 17 mit behandelt.

TOP 27.	DS-45/2017	Antrag FDP-Fraktion: Förderung des Ehrenamtes Feuerwehr

Stadtverordnete Braun erläutert ihren Antrag.

Stadtverordneter Ließmann gibt zu bedenken, ob der Betrag dafür überhaupt ausreichend wäre. Welche Maßnahmen sollen damit umgesetzt werden?

Stadtverordnete Braun geht es in dem Antrag nur um die Konzeptionierung.

Abstimmung:
Mit fünf Ja-Stimmen (Grüne/FDP/BBB) und sechs Nein-Stimmen (CDU/SPD) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

TOP 28.	DS-46/2017	Antrag FDP-Fraktion: Mehr Zuschuss für die Betreuung von Schulkindern

Stadtverordnete Braun erläutert ihren Antrag.

Der Bürgermeister gibt an, dass kein Mehrbedarf von den Betreuungsvereinen angemeldet worden sind. Die Prognosedaten zeigen keine steigenden Zahlen von Schulkindern. Es soll keine Bereitstellung von Mitteln auf Verdacht erfolgen.

Es erfolgte eine rege Diskussion.

Abstimmung:
Mit fünf Ja-Stimmen (Grüne/FDP/BBB) und sechs Nein-Stimmen (CDU/SPD) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

TOP 29.	DS-47/2017	Antrag FDP-Fraktion: Streichung einer Stelle nach 9b für Bereitstellung von EDV

Stadtverordnete Braun erläutert den Antrag.

Der Bürgermeister erklärt, dass die A11-Stelle anderweitig benötigt wird und besetzt werden soll.

Abstimmung:
Mit fünf Ja-Stimmen (Grüne/FDP/BBB) und sechs Nein-Stimmen (CDU/SPD) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

TOP 30.	DS-22/2017	1. Änderung zum Haushaltsentwurf 2017

Stadtverordneter Wingefeld möchte wissen wie es mit der Sonderabschreibung für das Rathaus und den anderen Objekten im Rahmen der Innenstadtentwicklung aussieht.

Herr Brede teilt mit, dass die Sonderabschreibungen für das Rathaus und den anderen Gebäuden im außerordentlichen Ergebnis in der mittelfristigen Ergebnisplanung zu sehen sei (Seite 239 des Haushaltes). Hier wurde der Betrag im Haushaltsjahr 2018 eingeplant.

Stadtverordneter Ringel fragt, ob es wirklich nötig sei, 203.000,00 Euro für den Zweckverband einzuplanen.

Herr Brede teilt mit, dass es eine schriftliche Anforderung gibt, hier 203.000,00 Euro als Verbandsumlage für den Zweckverband zu berücksichtigen.

Stadtverordneter Rabold kann dies nicht verstehen, zumal der Haushalt vom Zweckverband doch ausgeglichen sein müsste.

Der Bürgermeister teilt mit, dass dies tatsächlich schriftlich angefordert wurde. Der Haushalt vom Zweckverband wird ja erst noch eingebracht.

Abstimmung:
Mit sechs Ja-Stimmen (CDU/SPD) und fünf Nein-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag anzunehmen.

TOP 31.	DS-21/2017	Änderung zum Stellenplan der Verwaltung für 2017

Es gab keine Wortmeldungen

Abstimmung:
Mit acht Ja-Stimmen (CDU/SPD/Grüne) und drei Nein-Stimmen (BBB/FDP) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag anzunehmen.

TOP 32.	DS-238/2016	Stellenplan der Verwaltung für 2017

Es gab keine Wortmeldungen

Abstimmung:
Mit acht Ja-Stimmen (CDU/SPD/Grüne) und drei Nein-Stimmen (BBB/FDP) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag anzunehmen.

TOP 33.	DS-239/2016	Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2017 bis 2020

Stadtverordneter Ringel fragt nach, wie sich die Altfehlbeträge zusammensetzen.

Stadtverordneter Rabold ergänzt, dass von der Kommunalaufsicht mitgeteilt wurde, dass sich die vorgetragenen Fehlbeträge bis 2012 auf 14.581.490,38 Euro belaufen. In den Jahren bis 2015 muss mit weiteren hohen Fehlbeträgen gerechnet werden. Dies steht im Widerspruch zu den 14,5 Mio., die jetzt im Haushaltsplan 2017 stehen.

Der Bürgermeister sagt einen schriftlichen Bericht zu, wie sich die Altfehlbeträge zusammensetzen.

Stadtverordneter Rabold bittet diesen zeitnah zu übersenden.

Abstimmung:
Mit sechs Ja-Stimmen (CDU/SPD) und fünf Nein-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag anzunehmen.

TOP 34.	DS-240/2016	Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2016 bis 2020

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmung:
Mit sechs Ja-Stimmen (CDU/SPD) und fünf Nein-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag anzunehmen.

TOP 35.	DS-241/2016	Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2016 bis 2020

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmung:
Mit sechs Ja-Stimmen (CDU/SPD) und fünf Nein-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag anzunehmen.

TOP 36.	DS-242/2016	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmung:
Mit sechs Ja-Stimmen (CDU/SPD) und fünf Nein-Stimmen (Grüne/BBB/FDP) empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung den Antrag anzunehmen.

37.	Verschiedenes

Es gab keine Wortmeldungen.

.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen schließt der Ausschussvorsitzende Thomas Sliwka die Sitzung um 23:36 Uhr.

Thomas Sliwka Ausschussvorsitzender	Jens Brede Schriftführer

Erläuterung an alle Fraktionen bzgl. der HFA Sitzung vom 07.02.2016

Begründung der ordentlichen Ergebnisse aus Vorjahren

Die ordentlichen Ergebnisse aus Vorjahren betragen zum Stichtag 31.12.2015 insgesamt -14.581.490,68 €.

Begründung:

Bis zum 31.12.2012 beliefen sich die Ergebnisse aus Vorjahren auf -4.263.798,39 Euro. Die Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss 2012 und die Entlastung des Magistrates erfolgte am 06.09.2016 durch die Stadtverordnetenversammlung. Entsprechende Begründungen zum Zustandekommen dieses Betrages, können Sie aus dem übersandten Schlussbericht des Main-Kinzig-Kreises, Amt für Prüfung und Revision, entnehmen.

Weitere Fehlbeträge sind in folgenden Jahren entstanden:

Für das Haushaltsjahr 2013 wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -4.110.417,52 Euro vom Magistrat festgestellt.
Für das Haushaltsjahr 2014 wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -4.027.449,16 Euro vom Magistrat festgestellt.
Für das Haushaltsjahr 2015 wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -2.179.825,61 Euro vom Magistrat festgestellt.

Wenn man diese Fehlbeträge kumuliert, kommt man auf einen Betrag in Höhe von -14.581.490,68 Euro.

Die Kommunalaufsicht teilte in Ihrem Schreiben vom 19.08.2016 mit, dass im Gesamtergebnishaushalt 2016 sich die vorgetragenen Fehlbeträge auf 14.581.490,38 Euro belaufen. In den Jahren bis 2015 muss mit weiteren hohen Fehlbeträgen gerechnet werden. Dies ist tatsächlich nicht der Fall, da wie oben beschrieben es sich um den Stand zum 31.12.2015 handelt.

Die Differenz von 0,30 Euro wird im Haushalt 2017 (Seite 64) bei der Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge nachrichtlich korrigiert. Der korrekte Betrag lautet: -14.581.490,68 Euro.